Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. 7 / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,90 RM., für Familienanzeigen 0,60 RM.; für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dresden, Donnerstag den 29. April 1926 — Nummer 99

Demonstriert am 1. Mai!

Werktätige Massen! Arbeiter und Arbeiterinnen!

Schärfer und schärfer werden die Angriffe der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse. Größer und größer wird das unerträgliche Elend und die Not der werktätigen Massen. Immer tiefer schneiden die eisernen Ketten der kapitalistischen Ausbeutung in den Leib der Arbeiterklasse.

Der Gegensatz zwischen dem kapitalistischen System und den Interessen der werktätigen Massen wird immer größer. Mit elementarer Wucht wachsen die imperialistischen Gegensätze und treiben zu neuen Kriegen.

Die kapitalistische Wirtschaft taumelt aus einer Krise in die andere. Unzählige Existenzen werden vernichtet. Nur durch Steigerung der Ausbeutung, durch Anwendung des brutalen weißen Terrors vermag die bürgerliche Gesellschaft die Klassenkämpfe bis zu ihrem Zusammenbruch, bis zur proletarischen Revolution zu verlängern.

2 Millionen **Erwerbslose, Millionen Kurzarbeiter,** hunderttausende **hungernder Bauern und unterdrückter Mittelständler zeigen die schwere Krise des Kapitalismus.**

Die Kapitalisten und ihre Regierung sehen nur einen Weg aus der Sackgasse: **die fortgesetzte Offensive gegen die Lebenshaltung der Werktätigen, den drosselnden Griff des Fascismus und die Polizeigewalt für den rebellierenden Arbeiter.**

Längst ist die „Dawessonne" untergegangen und der „Geist von Locarno" verflogen. Der Dawespakt brachte Arbeitslosigkeit, Steuerdruck und Lohnabbau, Locarno die Vorbereitung neuer Kriege, besonders gegen die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Arbeiter! Genossen! Nur die Politik der Sozialdemokratischen Partei verursachte die Niederlagen, die Spaltung der Arbeiterklasse und ermöglichte die Befestigung der kapitalistischen Herrschaft.

Ohne die passive Duldung und aktive Mitwirkung der sozialdemokratischen Führer hätte den deutschen Arbeitern nicht der Achtstundentag geraubt werden können, wäre die niederträchtige Behandlung der Eisenbahner und Bergarbeiter unmöglich, könnten die Unternehmer nicht immer neuen Lohnabbau durchführen, würde die Reaktion nicht wagen, durch Steuerraub und Zollpolitik das Elend des Proletariats zu vermehren, die Sozialversicherung zu vernichten, die Arbeiter in Höhlen verkommen zu lassen, die Forderungen der Erwerbslosen zu verhöhnen, die Notstandsarbeiter wie Sklaven zu behandeln, die Rechte der Betriebsräte mit Füßen zu treten, aufrechte Klassenkämpfer in den Zuchthäusern zu quälen.

An alle diese Tatsachen müßt ihr am 1. Mai denken und euch die Frage vorlegen: Soll es so weitergehen wie bisher?

Wenn ihr nicht die wahren Feinde der Arbeiterklasse erkennt, wenn ihr nicht die proletarische Klassenfront aufrichtet, wenn ihr nicht alle Kräfte zur Niederringung der Bourgeoisie sammelt, dann wird euer Elend noch unerträglicher werden, die kapitalistische Reaktion noch stärker.

Seht ihr nicht, daß die Unternehmer neue Angriffe vorbereiten? Seht ihr nicht, daß man die Erwerbslosen von den Arbeitern in den Betrieben trennen will, um die einen in das Lumpenproletariat hinunterzustoßen und die anderen unter dauerndem Lohndruck zu halten?

Seht ihr nicht, wie die Regierung den Volksentscheid für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten sabotiert und sich offen für die Milliardenforderungen der Fürsten einsetzt?

Was tun dagegen die Führer der SPD. und des ADGB? Die Müller, Leipart und Eckert paktieren mit den Vorstg, Siemens und der ganzen Unternehmerklasse zur Schaffung einer neuen **Arbeitsgemeinschaft.** Die reformistischen Gewerkschaftsführer predigen den Arbeitern, daß die Nationalisierung die Krise der Wirtschaft beheben und die Lage der Arbeiter bessern wird. Aber diese reformistische Nationalisierung geht auf Kosten der Arbeiter, vermehrt die Arbeitslosigkeit, drückt die Löhne.

Die reformistischen Führer sagen den Arbeitern, während der Krise wäre es **nicht** möglich, Kämpfe zu führen, weil die Arbeiterklasse schwach sei. Aber sie tun auch nichts, um sie stark und kampfentschlossen zu machen. Sie sabotieren die Einheitsfront der Arbeiterklasse. Deshalb wollen sie auch aus dem 1. Mai, dem Tag der Einheit der kämpfenden Arbeiterklasse, einen friedlichen Mai-Spaziergang durch die kapitalistische Hindenburg-Republik machen.

Der 1. Mai muß ein Kampftag der gesamten Arbeiterklasse gegen die Ausbeuter sein.

Schließt euch national und international zusammen zur proletarischen Einheitsfront.

Laßt euch am 1. Mai nicht von den reformistischen Führern in zwei Lager reißen.

Stärkt die Gewerkschaften, sorgt für vollständige Organisierung aller Arbeiter in den Betrieben, für restlose Erfassung auch der Erwerbslosen durch die Gewerkschaften. Belebt die Betriebsrätebewegung wieder. Geht hinaus aufs Land und gewinnt die werktätigen Bauern für die Sache des gemeinsamen Kampfes.

Der arbeitsgemeinschaftlichen Sabotage des Klassenkampfes gilt es entschiedenen Kampf entgegenzusetzen. Darum schafft Kampfbündnisse in den Gewerkschaften. **Ein Block der Eisenbahner, Bergarbeiter, Transportarbeiter und Metallarbeiter ist unbesiegbar.** Er ermöglicht den Sieg der Arbeiter über die Unternehmeroffensive und bahnt den Weg des Kampfes auch der anderen Arbeiter. Schließt eure Reihen und bereitet vor den Kampf

gegen die Betriebsstillegungen,
für die Einreihung der Erwerbslosen in die Produktion,
für die restlose Durchführung des Achtstundentages und Siebenstundenschicht für Bergarbeiter,
für menschenwürdige Löhne und Arbeitsbedingungen,
gegen die Vernichtung des sozialen Schutzes,
gegen den Steuerraub am arbeitenden Volk,
für den siegreichen Kampf um die entschädigungslose Enteignung der Fürsten,
für die Freiheit eurer eingekerkerten Klassengenossen,
für die Einheitsfront des deutschen und internationalen Proletariats.

Nieder mit der Arbeitsgemeinschaft und der Unternehmerdiktatur!
Kampf dem verräterischen Reformismus!
Weg mit der Regierung der Kapitalisten!
Für den sozialistischen Aufbau in der UESR!
Her mit der Arbeiter- und Bauernregierung!
Es lebe der Kampftag der proletarischen Einheitsfront, der 1. Mai!
Es lebe die proletarische Revolution!

Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion der 3. Internationale).

Staatsstreichrüstungen

Völkische Putschvorbereitung

Die heutige Morgenausgabe der „Vossischen Zeitung" bringt aufsehenerregende und **konkrete Mitteilungen** über monarchistische Staatsstreichrüstungen und die Bemühungen der reaktionären Verbände, in Verbindung mit der Reichswehr die politische Macht zu erobern und eine Diktatur aufzurichten. Die „Vossische Zeitung" schreibt:

„Innerhalb der **vaterländischen Verbände macht sich in den letzten Wochen eine starke Bewegung bemerkbar, die erhöhte Aufmerksamkeit verdient. Die Enttäuschung, die den Gruppen der Rechten durch die politische Entwicklung des letzten Jahres bereitet worden ist, drängt nach Kompensation. Gelingt es dem** alldeutschen Flügel, **durchzudringen, so bedeutet dies für** die innerpolitische Situation **eine schwere Verschärfung.**" Die vereinigten vaterländischen **Verbände (VVV.), die Dachorganisation** aller nationalistischen **Putschorganisationen, zu denen** etwa 140 einzelne **Verbände gehören, suchen Verbindung mit** der Reichswehr. **Zu diesen Verbänden gehören der Andreas-Hofer-Bund,** die **Deutsche Adels-Genossenschaft, Evangelischer Bund** und Fichte-Gesellschaft, **Germanenhort und Bund Frundsberg,** Reichsbund **Schwarz-weiß-rot** und **Scharnhorst-Bund,** dazu kommen noch eine Reihe anderer bekannter putschistischer Organisationen, wie der **Alldeutsche Verband, der Bayrische Ordnungsblock** und die **Wehrverbände** im engeren Sinne, wie die Ehrhardt-Jugend, der **Deutschnationale Jugend-Bund,** der Jungdeutsche Orden, der **Jugendbund Wicking,** der **Stahlhelm-Bund** der Frontsoldaten und der **Werwolf.** Es gehören ferner hinzu die **Vaterländischen Arbeitnehmerorganisationen,** der Deutsche Handlungsgehilfen-Verband und der **Nationalverband deutscher Offiziere.** Diese sämtlichen vaterländischen Verbände stehen unter der Führung des Justizrates Claß. Ueber die Bestrebungen bemerkt die „Vossische Zeitung" weiter:

„Die Verbände sind angeblich bestrebt, **den von links her drohenden Unruhen entgegenzutreten. Die Absicht ist aber, dann die Bewegung nach rechts weiterzutragen und aus der Abwehr zum Angriff überzugehen. Die Pläne sind dahin ausgearbeitet,** daß die Mitgliederverbände **an der Peripherie Berlins zusammenziehen** und sie **von dort aus einzusetzen. Dabei wurde aber** zunächst seitens dieser **Verbände nicht an eine Unterordnung** unter die amtlichen **Organe gedacht, nicht an eine Verwendung** etwa nach den Richtlinien der Reichswehr. Im Bedarfsfall als Hilfspolizei aufzutreten, genügte ihnen nicht, denn nicht die Niederwerfung etwa ausbrechender Unruhen ist in Wahrheit ihr Ziel, sondern die Erringung der politischen Macht."

Wie die „Vossische Zeitung" weiter schreibt, sind die Verhandlungen mit der Reichswehr an diesen **weitgehenden** Bestimmungen **gescheitert.** Die Putschisten wollten als **selbständige** Gruppe eingeordnet und nur als **selbständige** Formation **eingesetzt** werden. Die vaterländischen Verbände haben auch bereits die militärischen Führer für den geplanten Staatsstreich vorgesehen. So soll der Oberst Luck als Gesamtführer der Berliner Arbeitsgemeinschaften der vaterländischen Putschorganisationen gelten. Die Enthüllungen der „Vossischen Zeitung" zeigen der Arbeiterschaft, **wie weit** die monarchistischen Staatsstreichpläne schon gediehen sind. Die Tatsache, daß die Verhandlungen mit der Reichswehr nur an den zu weitgehenden Forderungen der vaterländischen Verbände gescheitert sind, sagt alles. In dieser Situation muß die gesamte Arbeiterschaft jetzt mehr noch als bisher auf den engen Zusammenschluß der proletarischen Einheitsfront hinarbeiten. In gewaltigen und machtigen Demonstrationen am 1. Mai muß sich die Arbeiterschaft in dieser ernsten Lage zusammenfinden in der geschlossenen Abwehrfront der Arbeiter, und so der monarchistischen Reaktion die rote Klassenfront des Proletariats gegenüberstellen.

Das Fürstenkompromiß begraben

Die Drohung mit der Staatskrise.

Berlin, 29. April. (Eig. Drahtbericht.) Nach 38 Sitzungen sind die Verhandlungen des Rechtsausschusses über das Fürstenkompromiß gescheitert. Der Rechtsausschuß hat seine Verhandlungen abgebrochen und auf unbestimmte Zeit vertagen müssen. Ein kommunistischer Antrag gab den Anstoß, daß der freche Schwindel auffliegen mußte. Die Bemühungen des Luther-Kabinetts sind zuschanden geworden. Die Demokraten haben jetzt einen eigenen Abänderungsantrag zu dem Gesetzentwurf des Volksentscheids eingebracht und bemühen sich, eine Mehrheit im Reichstag dafür zu bekommen. Der demokratische Antrag, der den Fürsten die Abfindungen sichern will, die ihnen ein angemessenes Leben ermöglichen und den Ländern die Massenführung dieser Bestimmungen zuspricht, wird vom Zentrum und der Deutschen Volkspartei abgelehnt. Somit ist auch dieser Schwindel gescheitert. Ueber einen noch frecheren Antrag wird von den Regierungsparteien noch verhandelt. Im übrigen erklären auch die Zentrumsvertreter, daß das Scheitern der Kompromißverhandlungen die Staatskrise bedeute. Die Deutschnationalen, vor allem Westarp, sind im Reichstag offen mit Diktaturbestimmungen aufgetreten. Westarp kündigte im Reichstag einen monarchistischen Staatsstreich an. Diese Kampfansage ist um so beachtenswerter, als die Regierung und das Zentrum in engster Gemeinschaft mit den Deutschnationalen auftreten. Es besteht die Möglichkeit, daß der Volksentscheid noch für den 30. Mai angesetzt werden muß.

Neue Diktaturdrohungen der Deutschnationalen

Das Volksbegehren auf Fürstenenteignung vor dem Reichstag

Endlich sah sich der fürstenfreundliche Reichstag unter dem Druck der steigenden Empörung der Volksmassen über die Sabotage des Volksentscheids gezwungen, sich mit dem von 12½ Millionen Werktätigen unterstützten Volksbegehren auf entschädigungslose Enteignung der früheren Fürstenhäuser zu beschäftigen. Von neuem zeigte sich die Notwendigkeit der Auflösung dieses Reichstags, der nicht daran denkt, dem Volkswillen Rechnung zu tragen. Von neuem zeigte sich auch die zwingende Notwendigkeit des Sturzes der Luther-Regierung, die Hand in Hand mit den fürstenfreundlichen Parteien des Reichstags den fürstlichen Räubern ihren großen Fischzug ermöglichen will.

Die erste Beratung des Gesetzes zeigte wiederum die Halbheit der sozialdemokratischen Führer. Ihr Redner im Reichstag, der Abgeordnete Dr. Rosenfeld, charakterisierte diese Halbheit am besten durch folgende Worte:

„Es handelt sich nur darum, Volkseigentum als solches zu behandeln. Es handelt sich nicht darum, Privateigentum den Fürsten wegzunehmen."

Ist diese Stellungnahme des offiziellen Redners der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion schon wichtig für die um die arbeitenden Massen, die die restlose und entschädigungslose Enteignung der Fürsten wollen, aufhorchen müssen, so werden die neuen Drohungen der monarchistischen und deutschnationalen Kreise, die ihr Redner, Graf Westarp, im Reichstag ausstieß, noch viel mehr Beachtung bei dem werktätigen Volk draußen im Lande finden müssen, weil sie zeigen, daß die Monarchisten noch immer nicht davon überzeugt worden sind, daß das arbeitende Volk eine Abfindung der Fürsten nicht zulassen wird. Nach wie vor spielen die Deutschnationalen mit dem Gedanken der Diktatur zur Verhinderung des Volksentscheids. Graf Westarp erklärte in der Mittwochsitzung des Reichstags:

„Sie (nach links) haben einen Kampf heraufbeschworen, der an Schärfe, aber auch an Bedeutung nicht überboten werden kann. Wir sind entschlossen, den Kampf aufzunehmen und zum siegreichen Ende zu führen."

Das arbeitende Volk wird diese neue Kampfansage der Monarchisten um so mehr beachten müssen, als mit ihnen die